

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada tritt in Kraft](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [MEPs fordern stärkere Bemühungen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit](#) 3
- [EU Haushalt 2018: Parlament fordert mehr Geld für Forschung und Infrastrukturprojekte](#) 3

Rat der Europäischen Union

- [Rat beschließt Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklungen](#) 4
- [Fipronil in Eiern: EU und Mitgliedstaaten ziehen gemeinsame Lehren](#) 5

Europäische Kommission

- [4. Runde der Brexit-Verhandlungen gestartet](#) 5
- [Kommission präsentiert Paket zur Cybersicherheit](#) 5
- [EU-Kommission will Besteuerung der digitalen Wirtschaft reformieren](#) 6
- [Abbau grenzbezogener Hindernisse: EU-Kommission richtet Anlaufstelle für Grenzregionen ein](#) 6
- [EU-Kommission kann über Zulassung von zwei neuen Gensojasorten entscheiden](#) 7
- [Europäische Säule Sozialer Rechte: Kommission setzt sich für fairere Arbeitsverträge ein](#) 7
- [Europäisches Kulturerbejahr 2018: Bewerbungsrunde für transnationale Projekte gestartet](#) 8
- [Lebensmittelprodukte von zweierlei Qualität: Kommission bietet Mitgliedstaaten Orientierungshilfe für besseres Vorgehen gegen unlautere Praktiken](#) 9

Sonstiges

- [Nikolaus Marschik ist neuer Leiter der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU](#) 10
- [MuslimInnen in der EU: Hohes Vertrauen trotz allgegenwärtiger Diskriminierung](#) 10
- [Europäischer Rechnungshof fordert mehr Klimaschutz](#) 11
- [EU-Prüfer werden Hochwasserrisikomanagement untersuchen](#) 11

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 12

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Tagesordnungen der Institutionen

Impressum und Abbildungsverzeichnis

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada tritt in Kraft

Das umfassende Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) ist am 21. September vorläufig in Kraft getreten. Für EU-Exporteure fallen damit Zölle und Bürokratie weg. Das schafft neue Absatzmöglichkeiten für europäische Produkte.



Durch CETA entstehen für EU-Unternehmen jeder Größe neue Möglichkeiten für Exporte nach Kanada. Unternehmen in der EU können dadurch jährlich 590 Mio. EUR Zölle einsparen. Durch CETA schafft Kanada nämlich die Zölle für 98 % aller zwischen der EU und Kanada gehandelten Waren ab. Außerdem erhalten EU-Unternehmen Zugang zu öffentlichen Aufträgen in Kanada. Die Kommission erwartet, dass von diesen Verbesserungen in erster Linie kleine Unternehmen profitieren, da diese sich den bisherigen bürokratischen Aufwand nicht leisten konnten. Durch CETA fallen doppelte Prüfanforderungen für Waren, Zollverfahren und Rechtskosten weg. Die zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten sollen Unternehmen zudem dabei unterstützen, in das Übersee-Exportgeschäft einzusteigen. Für wichtige europäische Exporterzeugnisse wird der Zugang zum kanadischen Markt verbessert, dazu zählen Käse, Wein und Spirituosen, Obst und Gemüse sowie verarbeitete Erzeugnisse. Die EU öffnet ihren Markt für sensible Konkurrenzprodukte aus Kanada hingegen nur behutsam. Außerdem werden 143 geografische Angaben der EU für hochwertige regionale Lebensmittel und Getränke geschützt, darunter auch der „Tiroler Speck“. VerbraucherInnen profitieren von einer



größeren Auswahl bei gleichbleibenden Standards. Waren und Dienstleistungen können nämlich nur dann auf dem EU-Markt angeboten werden, wenn sie den EU-Vorschriften entsprechen. Die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen bietet Angestellten von Unternehmen zudem mehr Mobilität. Öffentliche Dienstleistungen können die beiden Staaten auch weiterhin nach eigenem Ermessen organisieren.

Die vollständige Umsetzung von CETA erfolgt durch Ratifizierung des Abkommens durch alle Mitgliedstaaten. Ab dem Zeitpunkt des vollständigen Inkrafttretens von CETA wird auch das neue Investitionsgerichtssystem an die Stelle des gegenwärtigen Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus (ISDS) treten. Der neue Mechanismus wird transparent sein und nicht auf Ad-hoc-Schiedsgerichten basieren.

Jean-Claude Juncker betonte den intensiven Meinungsaustausch, der während des gesamten Prozesses über CETA stattgefunden hat, das sei ein Beweis für die demokratische Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene. Er erhofft sich eine solche umfassende Debatte auch für die Ratifizierung auf nationaler Ebene.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

MEPs fordern stärkere Bemühungen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle des Europaparlaments hat eine Resolution angenommen, welche stärkere Bemühungen der EU und der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit fordert. Die Jugendarbeitslosigkeit sei in Teilen Europas immer noch unakzeptabel hoch.

Die MEPs kritisierten, dass trotz der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und der Jugendgarantie, welche seit 2013 in Kraft sind, immer noch ein Fünftel der europäischen Jugendlichen arbeitslos ist. In Griechenland und Spanien liegt diese Quote sogar auf über 40 %. Die MEPs fordern deshalb, die Kosteneffizienz der Fördersysteme zu steigern.

Der Fokus soll vor allem auf jungen Menschen liegen, welche weder eine Arbeit haben noch

aktuell in Ausbildung stehen oder Schulungen besuchen. Außerdem soll der Europäische Sozialfonds mehr Mittel frei machen und die nationalen Arbeitsämter Jugendliche besser bei der Jobsuche unterstützen. Von der Kommission und den Mitgliedstaaten fordern die MEPs zudem die Einführung eines Monitoringsystems zur Kontrolle der erreichten Fortschritte.

[Mehr Informationen](#)

EU Haushalt 2018: Parlament fordert mehr Geld für Forschung und Infrastrukturprojekte

Die Abgeordneten des Haushaltsausschusses des EU-Parlaments haben alle in der Ratsposition vorgeschlagenen Kürzungen im Vorschlag der Kommission für den EU-Haushalt für das Jahr 2018 abgelehnt.

Der Haushaltsausschuss stimmte für ein Budget von 161,8 Milliarden Euro an Verpflichtungen, das sind 2,3 Milliarden Euro mehr als im ursprünglichen Vorschlag der Kommission. Das vom Haushaltsausschuss vorgeschlagene Budget umfasst 146,1 Milliarden Euro an Zahlungen, im Vergleich zu ursprünglich 144,8 Milliarden Euro im Vorschlag der Kommission.

Geht es nach dem Vorschlag des Haushaltsausschusses soll es unter anderem mehr Geld für wachstumsfördernde Bereiche wie Forschung, Infrastrukturprojekte und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit geben. Vorgesehen sind außerdem mehr Finanzmittel für die Connecting Europe Facility (CEF), die Beschäftigungsinitiative für

junge Menschen, das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“, das EU-Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen (COSME) sowie das Bildungsprogramm Erasmus+.

Über den Budgetvorschlag wird am 25. Oktober im Plenum abgestimmt. Danach wird es dreiwöchige Vermittlungsgespräche zwischen dem Parlament und dem Rat geben, um zu einer gemeinsamen Position zu kommen.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Rat beschließt Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklungen

Der Europäische Rat hat am 25. September eine Verordnung erlassen, welche einen Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung (EFSD) einrichtet. Der EFSD soll das Hauptinstrument für die Implementierung des Europäischen Plans für externe Investitionen sein.

Dieser Plan soll die Investitionen in Afrika und den Nachbarländern der EU unterstützen. Das Ziel ist, dazu beizutragen, die Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN zu erreichen. Es sollen Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum geschaffen und die Migrationsursachen bekämpft werden.

Der Fonds umfasst ein Budget von 3,35 Milliarden Euro, welches Investitionen von insgesamt 44 Milliarden Euro auslösen soll. Der Fonds soll dazu beitragen, Projekte in

Sektoren wie Energie, Transport, Soziale Infrastruktur, digitale Ökonomie, nachhaltiger Umgang mit Ressourcen sowie der Landwirtschaft zu finanzieren. Der Fonds soll private Investoren dazu bringen, in Branchen und Ländern zu investieren, in denen das Risiko ohne die Garantien der Union zu hoch wäre.

[Mehr Informationen](#)

Fipronil in Eiern: EU und Mitgliedstaaten ziehen gemeinsame Lehren

Hochrangige VertreterInnen der Mitgliedstaaten und der Kommission haben sich am 26. September in Brüssel getroffen, um Lehren aus dem Vorfall mit dem Insektizid Fipronil zu ziehen. Es wurden eine Reihe von konkreten Maßnahmen beschlossen, um den Informationsfluss in solchen Situationen zu verbessern.

Die VertreterInnen der Mitgliedstaaten und der Kommission vereinbarten dazu unter anderem, die Schnittstellen zwischen dem Schnellwarnsystem für Lebensmittel und Futtermittel (RASFF) und dem System für die Verwaltung und Zusammenarbeit (AAC) zu verbessern. Außerdem sollen einfachere Mechanismen eingeführt werden, um in solchen Situationen noch rascher eine gemeinsame Risikobewertung zu erreichen. Es soll zudem die Möglichkeit geben, in jedem

Mitgliedstaat einen Beauftragten für die Lebensmittelsicherheit zu benennen, um sicherzustellen, dass Informationsflüsse so schnell und so effizient wie möglich sind. Schließlich sollen Schulungen und regelmäßige Krisenübungen stattfinden.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

4. Runde der Brexit-Verhandlungen gestartet

Die EU und Großbritannien haben am 25. September die vierte Verhandlungsrunde über den Brexit gestartet. Der EU-Chefverhandler Michel Barnier kommt zu diesem Zweck in Brüssel mit dem britischen Brexit-Minister David Davies zusammen.

Die britische Premierministerin May hatte zuvor eine zweijährige Übergangsphase nach dem EU-Austritt ihres Landes im März 2019 vorgeschlagen. Sie kündigte zudem an, dass britische Gerichte im Falle von Streitigkeiten über Rechte von EU-BürgerInnen auch Urteile des EuGH berücksichtigen könnten. Barnier begrüßte dieses Entgegenkommen von May.

Weiterhin weit auseinander liegen die Positionen in Bezug auf künftige finanzielle Verpflichtungen. Großbritannien will demnach einmalig 20 Milliarden Euro ins EU-Budget bezahlen, die EU fordert hingegen 60 – 100 Milliarden.

[Mehr Informationen](#)

Kommission präsentiert Paket zur Cybersicherheit

Die Kommission hat am 19. September ein weitreichendes Paket zur Cybersicherheit präsentiert. Damit soll es Europa ermöglicht werden, Cyberangriffen besser Einhalt zu gebieten.

Es soll unter anderem eine EU-Agentur für Cybersicherheit gegründet werden, die eine unterstützende Funktion für die Mitgliedstaaten ausüben soll. Außerdem plant die Kommission, ein europäisches System zur Zertifizierung der Cybersicherheit einzuführen, durch das gewährleistet wird, dass digitale Produkte und Dienstleistungen „cybersicher“ sind.

Die Kommission schlägt zudem die Einrichtung eines europäischen Forschungs-

und Kompetenzzentrums für Cybersicherheit vor. Außerdem fordert die Kommission ein Konzept, wie Europa und die Mitgliedstaaten in der Praxis gemeinsam rasch reagieren können, wenn es zu einem groß angelegten Cyberangriff kommt. Zudem werden die Einrichtung eines Cybersicherheits-Notfallfonds sowie bessere Möglichkeiten der strafrechtlichen Verfolgung von Cyberkriminellen in Betracht gezogen.

[Mehr Informationen](#)



EU-Kommission will Besteuerung der digitalen Wirtschaft reformieren

Die EU-Kommission stellt die Weichen für eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft. In einer am 21. September veröffentlichten Mitteilung stellt sie Herausforderungen der Mitgliedstaaten dar und stellt eine langfristige Strategie sowie kurzfristige Lösungen vor.

Die Kommission fordert insbesondere eine Reform der internationalen Steuervorschriften, bei der die Art der Wertschöpfung und der Ort der Besteuerung besser verknüpft werden. Dies sei notwendig, um die Nachhaltigkeit der Steuereinnahmen sicherzustellen, da traditionelle Steuerquellen zunehmend unter Druck geraten. Außerdem könne nur so die Integrität des Binnenmarkts gewahrt und seine Fragmentierung vermieden werden.

Die Mitgliedstaaten sollen sich auf einen starken und ehrgeizigen Standpunkt der EU

bis zum Frühjahr 2018 einigen. Die Grundlage soll dabei der Vorschlag für die gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage darstellen, welcher derzeit in den Mitgliedstaaten erörtert wird. Dieser bietet die Möglichkeit, einen nachhaltigen, stabilen und fairen Rahmen für die künftige Besteuerung aller großen Unternehmen zu schaffen. Die Besteuerung im digitalen Raum ließe sich ohne Weiteres in den Geltungsbereich dieser Vorschriften aufnehmen.

[Mehr Informationen](#)

Abbau grenzbezogener Hindernisse: EU-Kommission richtet Anlaufstelle für Grenzregionen ein

Um das wirtschaftliche Potenzial in den Grenzregionen der EU voll auszuschöpfen, richtet die EU-Kommission eine neue Anlaufstelle „Grenze“ ein. Diese soll den Regionen maßgeschneiderte Unterstützung bieten, wenn es darum geht, Hindernisse für Beschäftigung und Investitionen abzubauen.

Etwa 150 Millionen Bürgerinnen und Bürger wohnen in den Grenzregionen der EU. Die Anlaufstelle wird die Grenzregionen mit diversen konkreten Maßnahmen dabei unterstützen, besser zusammenzuarbeiten. Der Fokus wird dabei auf besseren Zugang zu Arbeitsplätzen, auf Dienste wie das Gesundheitswesen und das öffentliche Verkehrssystem und auf die Erleichterung der Geschäftstätigkeit mit dem Nachbarland gelegt.

Die Anlaufstelle „Grenze“ besteht aus Sachverständigen der Kommission für grenbezogene Hindernisse, die nationale

und regionale Behörden beraten sollen. Dazu erheben sie bewährte Verfahren und machen sie über ein neu geschaffenes EU-weites Onlinenetz bekannt. Dieser Vorschlag ist Teil einer breiter angelegten [Mitteilung](#) zur Stärkung von Wachstum und Zusammenhalt in den EU-Grenzregionen. Im Jänner 2018 soll die Anlaufstelle „Grenze“ ihre Tätigkeit aufnehmen.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Kulturerbejahr 2018: Bewerbungsrunde für transnationale Projekte gestartet

Die EU-Kommission hat einen Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen gestartet, um transnationale Kooperationsprojekte beim Europäischen Jahr des kulturellen Erbes 2018 zu fördern.

Der Projektaufruf erfolgt im Rahmen des EU-Programms „Kreatives Europa“ zur Förderung des Kreativ- und Kultursektors. Der Aufruf ist eine Einladung an Akteure im Kulturbereich wie Konzertsäle, Opernhäuser und Theatergruppen, sich an den Aktivitäten zum Kulturerbejahr zu beteiligen. So soll dazu beigetragen werden, das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen europäischen kulturellen Raum zu stärken.

Die Kommission sucht Projekte, die die europäische Dimension des reichen Kulturerbes in jeder Form herausstellen. Sie wird dabei insbesondere

Kommunikationsprojekte auswählen sowie Projekte, die Menschen für das Kulturerbe sensibilisieren und die auch langfristig Wirkung entfalten. Insgesamt sollen 5 Mio. Euro für Kulturerbeprojekte zur Verfügung stehen. Die Einreichungsfrist endet am 22. November 2017. Die Projekte sollen zwischen Jänner und September 2018 starten und dürfen höchstens 24 Monate dauern. Die Projektaufrufe findet man auf der [Website](#) der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA).

[Mehr Informationen](#)

EU-Kommission kann über Zulassung von zwei neuen Gensojasorten entscheiden

Der Europäische Rat konnte sich nicht mit der nötigen Mehrheit auf die Zulassung von zwei neuen Gensojasorten einigen. Der Antrag geht nun an die Europäische Kommission zurück, welche alleine entscheiden kann.

Betroffen sind zwei Sorten der Firmen Bayer und DowDuPont. Bei den Sojasorten handelt es sich um Bohnen, die gentechnisch so modifiziert wurden, dass sie nicht nur den Einsatz des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat überstehen, sondern auch gegen Glufosinat und je ein weiteres Spritzmittel resistent sind.

Eine Mehrheit der EU-Staaten stimmte gegen die Zulassung der Sorten. Aufgrund von Enthaltungen von Deutschland und Portugal fand sich jedoch keine qualifizierte Mehrheit gegen die Zulassung. Bereits zuvor hatte das

Europaparlament mehrheitlich einen Entschließungsantrag gegen die Zulassung einer dritten Gensojasorte von DowDuPont beschlossen. Das EU-Parlament begründete dies damit, dass die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht abgeschlossen werden könne. Es gebe nämlich keine Studien, die Gesundheitsgefahren für Mensch und Tier ausschließen. Auch bei dieser Sorte sprach sich der Rat jedoch nicht für ein Verbot aus.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Säule Sozialer Rechte: Kommission setzt sich für fairere Arbeitsverträge ein

Die Europäische Kommission hat erneut Gespräche mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden auf EU-Ebene über die Modernisierung der Arbeitsverträge aufgenommen. Ziel ist es, diese Verträge für alle Arten von ArbeitnehmerInnen fairer und berechenbarer zu machen.

Mit dieser Initiative will die Kommission die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte weiter voranbringen. Außerdem soll eine stärkere Konvergenz der Mitgliedstaaten in Hinblick auf die Schaffung besserer Arbeits- und Lebensbedingungen erreicht werden.

Der Geltungsbereich der aktuellen Fassung der Richtlinie über Arbeitsverträge soll auf neue Formen der Beschäftigung wie etwa Arbeit auf Abruf, Arbeit auf der Grundlage von Gutscheinsystemen oder Plattform-Arbeit ausgeweitet werden. So sollen alle Arbeitsverhältnisse ohne Ausnahme erfasst werden. Außerdem sollen die derzeit geltenden Rechtsvorschriften modernisiert werden, um sie der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den letzten Jahrzehnten anzupassen.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen auf diese Weise beim Abschluss eines Arbeitsvertrags rascher informiert werden. Dadurch wissen sie besser über ihre Rechte Bescheid und sind eher in der Lage, diese auch durchzusetzen. Den ArbeitgeberInnen bringt die Aktualisierung der Rechtsvorschriften mehr Rechtsklarheit und Rechtssicherheit und sie verhindert unfairen Wettbewerb.

Die Sozialpartner haben bis zum 3. November 2017 Gelegenheit zum Meinungsaustausch über die geplanten Änderungen des EU-Arbeitsvertragsrechts. Bis zum Ende des Jahres soll von der Kommission ein Legislativvorschlag vorgelegt werden.

[Mehr Informationen](#)



Lebensmittelprodukte von zweierlei Qualität: Kommission bietet Mitgliedstaaten Orientierungshilfe für besseres Vorgehen gegen unlautere Praktiken

Die EU-Kommission hat am 26. September Leitlinien für die Anwendung des EU-Lebensmittel- und Verbraucherschutzrechts bei Produkten von zweierlei Qualität herausgegeben. So sollen Qualitätsunterschiede bei Lebensmittelprodukten leichter festgestellt werden können.

Die Leitlinien sollen den nationalen Behörden dabei helfen, festzustellen, ob ein Unternehmen gegen EU-Vorschriften verstößt, wenn es in verschiedenen Ländern Produkte von zweierlei Qualität verkauft. In der Orientierungshilfe werden die einschlägigen Anforderungen der EU-Lebensmittel- und der EU-Verbraucherschutzrechtsvorschriften aufgeführt und erläutert.

Die Lebensmittelinformationsverordnung verlangt, dass die VerbraucherInnen z.B. durch Zutatenlisten wahrheitsgemäße, ausreichende Informationen über ein bestimmtes Lebensmittelprodukt erhalten. Die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken verbietet unlautere Geschäftspraktiken wie etwa die irreführende

Vermarktung von Produkten unter derselben Marke.

Die Orientierungshilfe erläutert Schritt für Schritt, wie die nationalen Verbraucherschutz- und Lebensmittelbehörden verfahren sollen, um festzustellen, ob Hersteller gegen diese Vorschriften verstoßen. Falls ein Verstoß einen grenzüberschreitenden Aspekt aufweist, können die Verbraucherschutzbehörden über das Netzwerk für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz auf europäischer Ebene dagegen vorgehen.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Nikolaus Marschik ist neuer Leiter der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU

Botschafter Dr. Nikolaus Marschik hat im August 2017 sein Amt als Ständiger Vertreter Österreichs bei der EU angetreten.

Marschik tritt die Nachfolge von Walter Grahammer an, der seine letzten Dienstjahre als österreichischer Botschafter in Paris verbringen wird. Vor dem Wechsel nach Brüssel war Marschik österreichischer Botschafter in Berlin und zuvor Leiter des Kabinetts des Bundesministers für Europa, Integration und Äußeres.



MuslimInnen in der EU: Hohes Vertrauen trotz allgegenwärtiger Diskriminierung

Der Großteil der Muslime in Europa hat ein hohes Vertrauen in die demokratischen Institutionen. Dies geht aus einer neuen [Studie](#) der Europäischen Grundrechteagentur hervor.

Die Studie räumt das Vorurteil aus, dass MuslimInnen nicht in europäische Gesellschaften integriert seien. Das Vertrauen in die Demokratie von MuslimInnen ist sogar höher als jenes der Gesamtbevölkerung. Im Gegensatz dazu erfährt ein großer Anteil der MuslimInnen immer noch weitverbreitete Diskriminierungen, wovon allerdings nur ein kleiner Teil zur Anzeige gebracht wird. Die Einstellungen der Öffentlichkeit haben sich in den vergangenen zehn Jahren nur wenig geändert. Österreich schneidet beim Vertrauen gegenüber MuslimInnen am

zweitschlechtesten ab. 31 % aller Österreicher geben an, keine Muslime als Nachbarn haben zu wollen.

In Österreich wurden türkische MuslimInnen der ersten und zweiten Einwanderergeneration befragt. Diese fühlen sich nur durchschnittlich zugehörig: Auf einer Skala von eins (gar nicht zugehörig) bis fünf (sehr stark zugehörig) kam für Österreich der Wert 3,5 heraus – der drittschlechteste Wert im EU-Vergleich.

[Mehr Informationen](#)



Europäischer Rechnungshof fordert mehr Klimaschutz

Der Europäische Rechnungshof hat einen neuen [Bericht](#) über die Energie- und Klimapolitik der EU veröffentlicht. Darin fordert er die EU auf, mehr Emissionen einzusparen und konsequenter bei der Bekämpfung des Klimawandels zu agieren.

Dem Bericht des Rechnungshofes zufolge waren die bisherigen Anstrengungen noch nicht ausreichend. Die derzeitigen Pläne zur Reduktion von Emissionen würden nicht die benötigten Ergebnisse bringen. Um die Klimaziele für 2030 zu erreichen, müssten demnach die jährlichen Einsparungen in den nächsten zehn Jahren um 50 Prozent gesteigert werden, danach sogar auf 300 % bis 400 %. Besonders sei die Energieproduktion gefordert, welche für 79 % der gesamten Emissionen in der EU verantwortlich ist.

Überprüft wurden zudem die Energieziele einzelner Staaten. Es wurde festgestellt, dass einige der investierten Projekte nicht wirtschaftlich und kosteneffizient sind. Der Rechnungshof nennt Beispiele in Deutschland, Dänemark, Großbritannien und anderen Ländern. Besonders kritisch wurde zum Transportsektor Bilanz gezogen, wo die EU-weiten Emissionen zuletzt sogar angestiegen sind.

[Mehr Informationen](#)

EU-Prüfer werden Hochwasserrisikomanagement untersuchen

Der Europäische Rechnungshof hat eine Untersuchung eingeleitet, die untersuchen soll, ob die in der EU umgesetzten Maßnahmen zum Hochwasserschutz voraussichtlich wirksam sein werden. Der Bericht soll Ende 2018 veröffentlicht werden.

Die EU-Hochwasserrichtlinie von 2007 verpflichtet alle Staaten, unter anderem eine Bewertung des Hochwasserrisikos für Wasserläufe und Küsten vorzunehmen und Maßnahmen zu ergreifen, das Risiko zu verringern. Der Europäischen Umweltagentur zufolge ist davon auszugehen, dass wegen des zunehmenden Auftretens extremer Regenfälle und des Anstiegs des Meeresspiegels in den kommenden Jahren das Risiko von Überschwemmungen an Flüssen, in Küstengebieten und durch

Oberflächenwasser steigen wird. Die EU finanziert Hochwasserschutzprojekte mithilfe verschiedener Förderinstrumente. So können Mitgliedstaaten EU-Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Kohäsionsfonds für Hochwasserschutzprojekten verwenden.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Initiative zu Personalausweisen und Aufenthaltsdokumenten](#)

Unionsbürgerschaft und Freizügigkeit
12. September 2017 - 5. Dezember 2017

[Initiative zur Verbesserung der Lebensmittelversorgungskette](#)

Landwirtschaft, Unternehmen und Industrie, Verbraucherschutz
16. August 2017 - 17. November 2017

[Public consultation on the evaluation of the Batteries Directive](#)

Umwelt
6. September 2017 - 28. November 2017

[Öffentliche Konsultation zur Unterstützung der Evaluation der Europäischen Umweltagentur und des Europäischen Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetzes](#)

Umwelt, Klimapolitik
17. Juli 2017 - 23. Oktober 2017

[Öffentliche Konsultation zum EU-Rückkehrausweis \(EU ETD\)](#)

12. September 2017 - 5. Dezember 2017

[Evaluation des Europäischen Pilotprogramms zur Verifizierung von Umwelttechnologien](#)

Umwelt, Kreislaufwirtschaft
31. Juli 2017 - 10. November 2017

[Rationellere Verwirklichung des Transeuropäischen Verkehrsnetzes TEN-V](#)

Verkehr
1. August 2017 - 9. November 2017



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Verkehr

Mobilität, Verkehr, Straßenverkehr, Netzwerke, Datenbank	Call for proposals concerning the Programme Support Action (PSA) for the implementation of data exchange used for digital maps for Union-wide multimodal travel and real-time traffic information services on the TEN-T network	20/06/2017	€ 2.000.000
Verkehr, Infrastruktur, Flughafen, Straßennetzwerk	CEF Transport Blending MAP call	14/07/2017, 30/11/2017	€ 1.000.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)
[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Mag. Michael Mingler

Abbildungsverzeichnis

https://ec.europa.eu/commission/news/commission-welcomes-parliaments-support-trade-deal-canada-2017-feb-15_de

<http://ec.europa.eu/avservices/photo/photoDetails.cfm?ref=P-033890/00-21&sitelang=en&refPhoto=P033890/00-21#0>

<https://www.bmeia.gv.at/oev-bruessel/die-vertretung/der-staendige-vertreter/>